

## Informationszentrum Asyl und Migration

# Briefing Notes

3. Juni 2013

### Afghanistan

#### Sicherheitslage

Am 29.05.13 erklärte ein Sprecher der Bundeswehr, dass die bisherigen Angaben zur Sicherheitslage im nordafghanischen Zuständigkeitsbereich der Bundeswehr korrigiert werden müssten. Im Jahr 2012 habe es mit 1.228 sicherheitsrelevanten Vorfällen (Angriffe, Anschläge auf Militär, Polizei, Zivilisten) einen Anstieg um 25 % gegenüber dem Vorjahr gegeben (landesweit waren es laut Bundeswehr im vergangenen Jahr 31.182 Zwischenfälle). Die Korrektur sei notwendig geworden, weil die afghanischen Sicherheitskräfte Vorfälle erst mit großer Verspätung an die ISAF gemeldet hätten. Im ersten Quartal des laufenden Jahres habe es rund 250 Vorfälle gegeben. Da Januar bis März/April wegen des Wetters eher zu den ruhigeren Monaten gehören, ist wahrscheinlich, dass die Lage 2013 sich ähnlich wie im Vorjahr entwickeln wird.

Auch in der vergangenen Woche gab es mehrere Vorfälle. So starben bei einem Angriff Aufständischer in der nordafghanischen Provinz Badakhshan am 27.05.13 fünf Soldaten. Zwei weitere wurden am 28.05.13 bei einer Explosion im südafghanischen Kandahar getötet. Am selben Tag haben zwei ehemalige Polizisten, die sich den Taliban angeschlossen hatten, bei einem Überfall in der Provinz Kandahar sieben afghanische Polizisten getötet. Am 29.05.13 stürmten in Polizeiuniformen gekleidete Angreifer das Büro des Provinzgouverneurs in Bazarak (Provinz Panjshir, Nordostafghanistan). Dabei wurden die Angreifer und ein Polizist getötet. Die Provinz Panjshir gilt als eine der stabilsten Provinzen. Am selben Tag griffen mehrere Bewaffnete das Gebäude des Internationalen Roten Kreuzes in der ostafghanischen Stadt Jalalabad (Provinz Nangarhar) an. Bei dem Gefecht soll ein afghanischer Wachmann getötet worden sein. Bei weiteren Vorfällen im Süden und Osten wurden am 01.06.13 drei NATO-Soldaten und ein ziviler afghanischer NATO-Mitarbeiter getötet. Am 02.06.13 starben in der südafghanischen Provinz Uruzgan mindestens vier Zivilisten bei einem Sprengstoffanschlag, acht wurden verletzt.

#### Zahl der Angriffe auf Journalisten steigt

Nach einem Bericht der Voice of America habe es seit Januar 36 Fälle von Gewalt gegen Journalisten gegeben, ein Anstieg von 40 % gegenüber dem Vorjahr. Zwar sei die Medienvielfalt in den letzten Jahren gewachsen. Es gebe 75 TV Kanäle, 175 Radiosender und hunderte Zeitungen und Magazine. Jedoch komme es immer öfter zu Übergriffen auf Journalisten, die sowohl von nichtstaatlicher wie von staatlicher Seite ausgingen.

### Irak

#### Sicherheitslage

Die Gewalt nimmt zu. Nach Angaben von UNAMI (UN Assistance Mission for Iraq) kamen im Mai 2013 1.045 Menschen bei Anschlägen ums Leben, 2.397 wurden verletzt. Die meisten Opfer habe es in Bagdad gegeben, gefolgt von den Provinzen Salahaddin, Ninive, Anbar, Diyala und Kirkuk. Dies sei die höchste Todesopferzahl innerhalb eines Monats seit Juni 2008. Nach Angaben irakischer Ministerien lag die Zahl der Todesopfer bei über 600.

Angaben der irakischen Regierung zufolge wurde eine Zelle des Terrornetzwerkes Al-Qaida in Irak zerschlagen, die Sarin- und Senfgas herstellen wollte. Das Giftgas sei für Anschläge in Irak, Europa und Nordamerika vorgesehen gewesen.

## **Syrien**

### **Russland verhindert UN-Erklärung**

Russland hat nach Angaben von Diplomaten im UN-Sicherheitsrat eine Erklärung zu den Kämpfen in der syrischen Rebellenhochburg Kuseir verhindert. Danach lehnte Russland am 01.06.13 einen britischen Entwurf ab, mit dem der Sicherheitsrat große Sorge über die Lage in Kuseir und die Situation der Zivilbevölkerung dort ausgedrückt hätte. Der Kampf um die eingeschlossene Rebellenhochburg hält an. Regierungstruppen und Aufständische liefern sich nach Angaben einer Oppositionsgruppe im Zentrum der Stadt und in umliegenden Ortschaften Gefechte. Die Regierungstruppen und ihre Unterstützer der libanesischen Hizbollah-Miliz haben die Stadt von der Außenwelt abgeschnitten. Die Aufständischen riefen nach militärischer Unterstützung und baten um medizinische Hilfe für Hunderte Verwundete, die in der Stadt nahe der Grenze zum Libanon festsitzen. UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon appellierte an die Kriegsparteien, die Zivilbevölkerung abziehen zu lassen. Bei den Kämpfen um Kuseir geht es den Rebellen auch um die Sicherung von Nachschubwegen. Für die Regierung bedeutet die Kontrolle über die Stadt auch den ungehinderten Weg von Damaskus in das Siedlungsgebiet der alawitischen Glaubensgemeinschaft.

### **UNO setzt Rebellengruppe Al-Nusra auf Terrorliste**

Nach den USA stufte nun der UNO-Sicherheitsrat die syrische Rebellengruppe Jabhat al-Nusra als Terrororganisation ein. Laut US-Diplomaten sprachen sich alle 15 Mitglieder des Sicherheitsrates dafür aus. Die mit dem Terrornetzwerk Al-Qaida verbundene Jabhat al-Nusra bekannte sich zu mehreren Terroranschlägen in Syrien, so zum Überfall auf das Fernsehzentrum in Damaskus und zum Mord an einer Reihe von syrischen Journalisten.

## **Iran**

### **Präsidentenwahl: Kandidaturausschluss Rafsanjanis sorgt weiter für Unmut**

Die Empörung über den Ausschluss von Ali Akbar Hashemi-Rafsanja, Ex-Präsident und Vorsitzender des Schlichtungsrates, von der Kandidatur zu den Präsidentenwahlen am 14.06.13 durch den Wächterrat reißt auch eine Woche nach der Entscheidung nicht ab. Mehrere oppositionelle Medien berichten von einer großen Unzufriedenheit der mächtigen schiitischen Geistlichkeit in der heiligen Stadt Ghom. Auch der Enkel des Republikgründers Ruhollah Khomeini, Hassan Khomeini, soll persönlich zu Revolutionsführer Ayatollah Seyyed Ali Khamenei gegangen sein und ihn gebeten haben, Rafsanjani, der mit den Reformern sympathisiert, zuzulassen. Mit Hassan Khomeini hält schon das zweite wichtige Mitglied der Khomeini-Familie öffentlich zu Rafsanjani. In der vergangenen Woche hatte bereits Zahra Mostafavi, Tochter des Republikgründers, deutlich die Disqualifizierung Rafsanjanis in einem Brief an Khamenei kritisiert und vor „diktatorischen Tendenzen“ gewarnt.

### **Publikationsverbot für Ahmadinejad-nahe Tageszeitung „Iran“**

Ein iranisches Gericht hat am 02.06.13 ein sechswöchiges Publikationsverbot der Tageszeitung „Iran“ ausgesprochen. Die Zeitung gehört zur regierungsnahen Nachrichtenagentur IRNA und steht Präsident Mahmoud Ahmadinejad nahe. Sie habe falsche Berichte abgedruckt, berichtete die iranische Nachrichtenagentur ISNA.

Nach Angaben der Nachrichtenagentur FARS, die Gerichtsquellen zitiert, tritt die Sperre nicht sofort in Kraft, da das Urteil noch angefochten werden könne.

## **Türkei**

### **Proteste gegen die Regierung**

Seit einer Woche demonstrieren Tausende gegen die Regierung unter Ministerpräsident Erdogan. Auslöser waren ein umstrittenes Stadtentwicklungsprojekt im Gezi-Park in Istanbul und die gewaltsame Räumung eines Lagers von Demonstranten gegen dieses Bauvorhaben. Die Demonstrationen entwickelten sich zu grundsätzlichen Protesten gegen Polizeigewalt und den von vielen als despotisch und selbstherrlich kritisierten Führungsstil des Regierungschefs. Bei dem gewaltsamen Vorgehen der Polizei gegen die Demonstranten wurden in Istanbul mehr als 1.000 Menschen verletzt, in Ankara mehrere Hundert.

Laut dem türkischen Innenminister Güler wurden vergangene Woche 235 Kundgebungen in 67 Städten registriert. Bei diesen seien insgesamt über 1.700 Menschen festgenommen worden, von denen die meisten nach Überprüfung ihrer Papiere und kurzer Befragung wieder freigelassen worden seien.

Erneute Demonstrationen auf dem Taksim-Platz in Istanbul verliefen friedlich, nachdem sich die Polizei zurückgezogen hatte. Es gab in mehreren deutschen Städten Solidaritätskundgebungen. In der Nacht zum 03.06.13 und am Morgen darauf kam es bei Protesten in Istanbul vereinzelt noch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten.

Die Härte der Polizeieinsätze wurde international kritisiert. Der türkische Präsident Abdullah Gül rief am Wochenende zur Besonnenheit auf. Der Istanbuler Bürgermeister Kadir Topbas räumte Fehler ein, und das Innenministerium kündigte rechtliche Schritte gegen Polizisten an, die „unangemessen gehandelt“ hätten. Auch Ministerpräsident Erdogan räumte Fehler beim Polizeieinsatz ein, wies aber Kritik an seinem autoritären Regierungsstil und der Politik seiner islamisch-konservativen Partei AKP zurück. Er warf der Opposition vor, die Proteste angezettelt zu haben.

## **Libanon**

### **Parlamentswahl um ein Jahr verschoben**

Das libanesische Parlament hat am 31.05.13 beschlossen, die für Juni geplante Parlamentswahl um mehr als ein Jahr auf den November 2014 zu verschieben. Es ist das erste Mal seit dem libanesischen Bürgerkrieg (1975–1990), dass das Parlament seine eigene Legislaturperiode verlängert hat. Als Grund wird die Sorge vor einem Übergreifen des Bürgerkrieges im benachbarten Syrien auf das religiös, konfessionell und politisch gesplante Land genannt. In den vergangenen Tagen war es in Tripoli zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Gegnern und Unterstützern des syrischen Präsidenten Bashar al-Assad gekommen, wobei vier Menschen getötet und 35 verletzt wurden. Auch die schiitische Hizbollah, die mit mehreren Ministern in der Regierung des Libanon vertreten ist, ist immer offener auf Seiten Assads im syrischen Bürgerkrieg aktiv. Premier Tamam Salam hatte am 31.05.13 angesichts der Kämpfe dazu aufgerufen, die nationale Einheit des Landes „um jeden Preis“ zu bewahren.

### **Mehrere Raketen aus Syrien eingeschlagen**

Mindestens 20 Raketen aus Syrien sind nach Angaben der libanesischen Sicherheitsbehörden am 02.06.13 im Libanon eingeschlagen. Wie die Polizei erklärte, ging ein Großteil der Geschosse in der östlichen Gebirgsregion nahe des Ortes Al-Shaara unweit der Grenze nieder. Auch in der Nähe der Hochburg der Hizbollah, Baalbek in der Bekaa-Ebene, habe es Einschläge gegeben. Seit sich Hizbollah vor einer Woche offiziell zu ihrem Kampfeinsatz an der Seite der Truppen von Bashar al-Assad bekannt hat, häufen sich die Zwischenfälle im Libanon.

## **Westjordanland**

### **Uni-Rektor Hamdallah mit neuer Regierungsbildung beauftragt**

Palästinenser-Präsident Mahmoud Abbas hat nach Angaben eines Regierungsvertreters den Präsidenten der Universität Al-Najah von Nablus, Rami Hamdallah, mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt.

Der Rektor, der gleichzeitig auch Generalsekretär der zentralen Wahlkommission ist, tritt die Nachfolge des international angesehenen Regierungschefs Salam Fayyad an, der im April nach andauerndem Streit mit Abbas seinen Rücktritt eingereicht hatte. Auf Drängen von Abbas blieb Fayyad aber weiter an der Spitze einer Übergangsregierung, deren fünfwöchiges Mandat Sonntagnacht auslief.

## **Nigeria**

### **Parlament beschließt Haftstrafen für homosexuelle Paare**

Das Unterhaus des nigerianischen Parlaments hat am 30.05.13 einstimmig ein Gesetz („Same Marriage [Prohibition] Bill, 2013“) verabschiedet, das bis zu 14 Jahre Haft für Eheschließungen und zivilrechtliche Partnerschaften zwischen männlichen oder weiblichen Homosexuellen vorsieht. Personen, die an einer solchen Zeremonie teilnehmen oder sie unterstützen, drohen bis zu zehn Jahre Haft. Ferner kann auch jemand, der seine Liebesbeziehung zu einem Menschen des gleichen Geschlechts direkt oder indirekt öffentlich zeigt, mit bis zu zehn Jahren Haft bestraft werden. Die gleiche Strafe ist für die Gründung und Unterstützung von Clubs, Organisationen oder anderen Einrichtungen für Schwule und Lesben vorgesehen.

Das Oberhaus hatte bereits im November 2012 ein ähnliches Gesetz beschlossen. Zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes ist eine Angleichung der beiden Gesetzesversionen sowie die Unterzeichnung des Gesetzes durch Staatspräsident Jonathan erforderlich.

Es ist nach Angaben der Nachrichtenagentur Reuters das erste Mal, dass ein Anti-Homosexuellen-Gesetz das Unterhaus des Parlaments passiert hat. Zwei Versuche seit 2006 scheiterten.

Menschenrechtsanwalt Jiti Ogunye sagte der Nachrichtenagentur AFP, das Gesetz sei „Zeitverschwendung“ und in erster Linie eine Show. Noch nie hätten in Nigeria zwei Männer oder zwei Frauen versucht zu heiraten. Offenbar gehe es den Abgeordneten vor allem darum, dem wachsenden Druck aus dem westlichen Ausland für die Gleichberechtigung Homosexueller die Stirn zu bieten. So hatte der britische Premierminister David Cameron damit gedroht, die Unterstützung für Länder zu stoppen, die sich gegen die Gleichberechtigung von Homosexuellen wenden.

Im stark religiös geprägten Nigeria, dem bevölkerungsreichsten Land Afrikas, ist die Diskriminierung von Schwulen und Lesben an der Tagesordnung.

## **Myanmar**

### **Gewalt zwischen Buddhisten und Muslimen im Shan State**

Ein erneuter Ausbruch von Gewalt zwischen Muslimen und Buddhisten forderte im Shan State mindestens ein Todesopfer. Am 28.05.13 übergoss ein Muslim in der Stadt Lashio eine Buddhistin mit Benzin und zündete sie an. Die Frau wurde leicht verletzt, der Mann festgenommen. Der Vorfall löste Krawalle aus, die sich am folgenden Tag fortsetzten. Mindestens ein Mensch starb, mehrere wurden verletzt. Wohnhäuser, eine Moschee und ein muslimisches Waisenhaus wurden niedergebrannt, Geschäfte geplündert und zerstört. Die Polizei nahm nach eigenen Angaben 35 Personen fest. Bis zu etwa 1.400 Muslime fanden in einer von Soldaten beschützten buddhistischen Tempelanlage Zuflucht. Über Lashio wurde eine Ausgangssperre verhängt.

## **Vietnam**

### **Regimekritischer Blogger verhaftet**

Am 26.05.13 wurde Truong Duy Nhat, einer der bekanntesten regimekritischen Blogger des Landes, in seiner zentralvietnamesischen Heimatstadt Danang verhaftet und in die Hauptstadt Hanoi geflogen. Die Sicherheitsbehörden werfen ihm „Missbrauch demokratischer Freiheiten“ vor. Im Falle einer Verurteilung drohen bis zu sieben Jahre Haft. Nhat war ursprünglich Reporter einer staatlichen Zeitung. Seit 2010 übte er in seinem Blog „A Different Point of View“ häufig Kritik an der von der Kommunistischen Partei dominierten Regierung, wobei er u.a. auch den Premierminister zum Rücktritt aufgefordert haben soll.

### **Verhaftungen bei anti-chinesischen Protesten**

Bei anti-chinesischen Protesten wegen des Territorialstreits im südchinesischen Meer verhaftete die Polizei in der Nähe des Hoan-Kiem-Sees in Hanoi am 01.06.13 mindestens 20 Person, darunter zwei vietnamesische Journalisten, die für ausländische Medien arbeiten.